

Politischer Jahresbericht

Südliches Afrika 2005/2006



Johannesburg

Regionalbüro Südliches Afrika, Juli 2005-Juli 2006

Dr. Stefan Cramer

Heinrich-Böll-Stiftung
Regionalbüro Südliches Afrika
43 Tyrwhitt Avenue, Melrose,
2196 Johannesburg, Südafrika
Leitung: Dr. Stefan Cramer
Fon: +27-11-447 85 00
Fax: +27-11-447 44 18
E-Mail: stefan@boell.org.za
Homepage: <http://www.boell.org.za>

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Südafrika: Die Widersprüche verschärfen sich.....	3
2. Simbabwe: Eine unendliche Geschichte.....	7
3. Namibia: Vorsichtige Öffnung unter Präsident Pohamba.....	9
4. Genderpolitik.....	11
5. Umweltpolitik.....	11
6. Demokratie im öffentlichen Raum....	12
Ausblick	12

Zusammenfassung

Nach einigen Jahren im Land fällt dem Beobachter ein befremdender Widerspruch zwischen der positiven Außenwahrnehmung Südafrikas durch die Weltgemeinschaft und der kritischen Beurteilung der Entwicklungen des Landes im Inneren auf. International steht Südafrika weiterhin als leuchtendes Vorbild für den überwiegend friedlichen Übergang von einem rassistischen Unrechtsregime zu einer vorbildlichen Demokratie da. Seine Bemühungen um die afrikanische Einheit, als Sprecher der Blockfreien Bewegung und der Entwicklungsländer in internationalen Foren, die Qualität seiner Außenpolitik und die großen wirtschaftlichen Erfolg sind für diese Außenwahrnehmung maßgeblich.

In Südafrika selbst jedoch muss man feststellen, dass sich die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen, die furchtbaren Auswirkungen der HIV/Aids-Seuche, der Verlust an politischer Kultur und die zum Teil schamlose Bereicherung einer neuen schwarzen Oberschicht die junge Demokratie bis an ihre Belastungsgrenze bringt. Der folgende Bericht, konzentriert sich auf die Beschreibung der innenpolitischen Entwicklungen und auf die Analyse ihrer Ursachen.

Die zu Ende gehende Fußballweltmeisterschaft wirft ein kurzes Schlaglicht auf Südafrika als den nächsten Austragungsort im Jahr 2010. „Africa is ready, Africa's time has come, Africa is calling“ rief der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki in Berlin in die Mikrophone. Doch ist das gastgebende Südafrika tatsächlich ausreichend vorbereitet? Gelingt es, diese sportliche und organisatorische Mammutaufgabe mit den Notwendigkeiten eines Entwicklungslandes zu verknüpfen? Der gerade anstehende G 8_Gipfel in St.Petersburg, der auch afrikanische Themen wie Entwicklungshilfe, Entschuldung, Agrarsubventionen, Waffenhandel, usw. auf der Agenda hat, wird darauf bald eine Antwort geben. Wie diese ausfällt, wird auch das Sportereignis am Kap der Guten Hoffnung mit entscheiden.

Denn noch sind die Hausaufgaben nicht erledigt. Südafrika leidet unter der HIV/AIDS-Seuche und bekommt sie mit halbherzigen Mitteln nicht in den Griff. Die Kriminalitätsrate ist mittlerweile 20-mal so hoch wie die Deutschlands. Ein öffentlicher Nahverkehr, der diesen Namen verdient, existiert in ganz Südafrika nicht. Es bestehen riesige Defizite in der Infrastruktur (z.B. Flughäfen, Hotels, Bahnhöfe, Straßen, Stadionbau). Doch falls diese bis zur WM überwunden werden sollten, stellt sich die Frage, nach der weiteren Nutzung der entstandenen Überkapazitäten. Die Armut in den Vorstädten steigt scheinbar unaufhaltsam weiter. Die Wirtschaft boomt dank historisch einmalig hoher Preise für mineralische Rohstoffe. Die Arbeitslosigkeit bleibt dennoch auf höchstem Niveau. Die ländlichen Gebiete verarmen und haben mit einer massiven Landflucht zu kämpfen. Dabei hatte das neue Jahrtausend so hoffnungsvoll mit der Beendigung der letzten militärischen Auseinandersetzungen in der Region (abgesehen von der Volksrepublik Kongo) begonnen. Die Menschen erwarten nun eine Friedensdividende in Form von Entwicklung und Wohlstand. Stattdessen leidet die politische Kultur Südafrikas an Richtungs- und Führungskämpfen, breitet sich Korruption unter dem Führungspersonal aus.

Das Nachbarland Simbabwe, einst der Hoffnungsträger der Region, erstarrt in politischer Blockade, wirtschaftlichem Kollaps und sozialem Elend. Da die pseudo-demokratischen Wahlen keinen Ausweg aus der Krise aufzeigten, hat die junge Generation, insgesamt ca. ein Drittel der Bevölkerung, dem Land leise und unauffällig den Rücken gekehrt: Eine Abstimmung mit den Füßen.

1. Südafrika: Die Widersprüche verschärfen sich

HIV/AIDS und die Kriminalität behindern die weitere Entwicklung

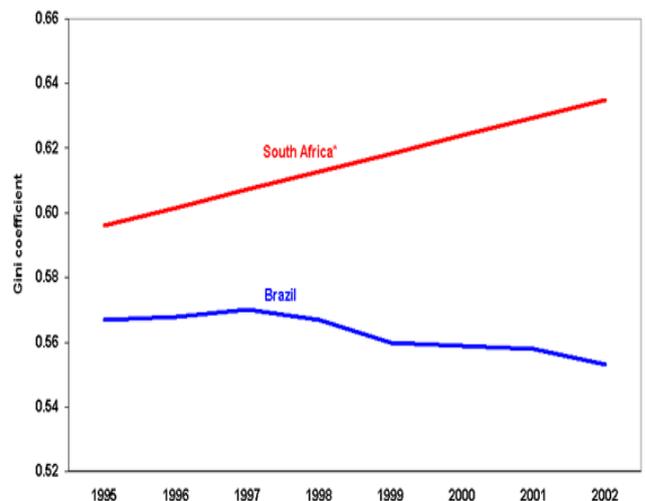
Trotz enormer Anstrengungen der Regierung und zahlreicher Nichtregierungsorganisationen bleibt die HIV/Aids-Seuche die größte Bedrohung der Menschen im Südlichen Afrika. Von den ca. 8 Millionen (allein in Südafrika 5.5 Mio.!) infizierten Menschen in der SADC-Region sterben mittlerweile täglich ca. 3.000 Personen an der Viruserkrankung. Lediglich unter der jüngeren Bevölkerung ist eine geringfügige Abschwächung der Infektionsrate festzustellen. Obwohl in Südafrika ca. 600.000 Menschen an fortgeschrittenen AIDS-Symptomen leiden, sind bisher nur ca. 120.000 in Therapie. Die „neue Apartheid-Geißel“ vernichtet insbesondere die Armen, die sich weder gute Ernährung und Hygiene noch eine ausreichende Krankenversorgung leisten können. Die Tatsache, dass junge Frauen (15-24) dreimal so häufig infiziert sind wie junge Männer weist auf die Ursache hin: die immer noch überwiegend gewalttätigen Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Jede zweite Frau der Region wird das Opfer von gewaltsam erzwungenem Sex. Patriarchale Strukturen, Massenarbeitslosigkeit und Armut sind einige der Grundlagen dieser permanenten und allgegenwärtigen Gewaltausübung. Doch immer noch ist der Hauptgrund dieses Femizids mehr oder weniger tabu. Das Gesundheitswesen der Region steht vor dem Zusammenbruch. Die Seuche hat bereits jetzt, weit vor dem Höhepunkt der Epidemie, das südafrikanische Bevölkerungswachstum praktisch zum Erliegen gebracht. Die Lebenserwartung - insbesondere für Frauen - verringert sich ständig, jährlich um jeweils ein Jahr. Allein HIV-AIDS verhindert bereits, dass das Südliche Afrika die Millenniumsziele erreichen kann.

Die Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt sich - trotz zahlloser Anfragen - nicht an medizinischen Programmen zur Behandlung von HIV/AIDS-Opfern. Sie hält stattdessen an ihrem Schwerpunkt zur Thematik von Gewalt gegen Frauen und Kinder fest. Letztlich ist es die hohe Gewaltbereitschaft im Häuslichen Bereich, die mit zu den hohen Prävalenzraten im Südlichen Afrika beigetragen hat. Erzwungener Sex bleibt der wichtigste Grund der Seuche. Eine Verbesserung der gesetzlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frauen ist daher die wichtigste Prävention. Die Arbeit der Stiftung in diesem Bereich ist national anerkannt. Ironischerweise sind die steigenden Zahlen der gerichtskundig werdenden Fälle von Gewalt gegen Frauen und Kinder ein Gradmesser für den Erfolg dieser Arbeit. Das Thema wird breit diskutiert und Frauen sind zunehmend bereit, den Mantel des Schweigens, der über ihre Situation ruht, zu lüften. Eine Buchveröffentlichung der Stiftung „On the sidelines clapping – Gender in Southern Africa“ zeichnet die Ent-

wicklung dieses Themas und die Bearbeitung des Problems durch die Stiftung in den letzten 15 Jahren nach.

Im Jahr 2005 ist Südafrika im UN Human Development Index (HDI) weiter abgesackt, nämlich von Rang 62 im Jahr 1995 auf Rang 120 im Jahr 2005. Solche Statistiken sind immer mit Vorsicht zu genießen. Dennoch beschreibt dieser Absturz die Entwicklungen in Südafrika deutlicher als viele andere Darstellungen das Versagen der südafrikanischen Politik in der Armutsbekämpfung. Die gerade erschienene, erfreulich schonungslose Studie des südafrikanischen Präsidialamtes zur Gesellschaftsentwicklung in Südafrika „Macrosocial Development: A Nation in the Making: a discussion document on macrosocial trends in South Africa“ belegt „die wachsenden Klassenwidersprüche, die in den 12 Jahren der ANC-Regierung die Kategorie Rasse als die gesellschaftlichen Bruchlinien ersetzt haben. ... Besonders auffällig ist dieser Trend innerhalb der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Hier ist die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgegangen“. Und dies alles, trotz der für afrikanische Verhältnisse vorbildlichen Sozialleistungen für fast alle Bedürftigen. Etwa 52 % der Bevölkerung und 45 % der von Frauen angeführten Haushalte finden sich weiterhin unterhalb der „Armutsgrenze“. Dass ein Gemeinwesen mit derartigen Verwerfungen nicht auf Dauer bestehen kann, liegt auf der Hand. Auch reicht der Verweis auf das Erbe der Apartheid längst nicht mehr aus, um die katastrophale Ungerechtigkeit in der südafrikanischen Reichtumsverteilung zu erklären.

Figure A. GINI co-efficients for South Africa and Brazil, 1995-2002



*South African GINI co-efficient linearly interpolated between 1995 and 2002

Source: Data and analysis from NALEDI, South Africa (www.naledi.org.za) and DIEESE, Brazil (www.dieese.org.br)

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (South Africa Human Development Report, 2004) macht den Abstieg im HDI

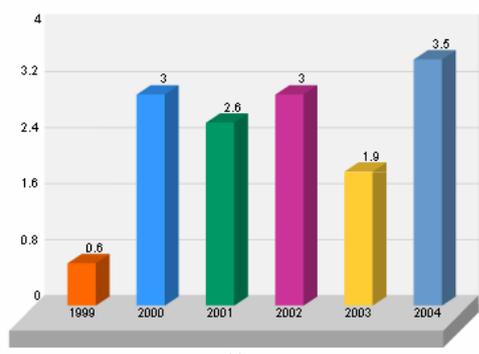
und die negative Entwicklung des GINI-Koeffizienten zur gesellschaftlichen Ungleichheit in folgenden Politikbereichen fest:

beschäftigungsloses Wachstum,
Versagen des Bildungswesens, insbesondere der handwerklichen Ausbildung,
die Überforderung des Gesundheitswesens durch HIV/AIDS,
zu langsames Wachstum im Wohnungsbau,
geringe Erfolge bei der Umsetzung einer Landreform,
Umweltfaktoren, wie etwa den verschwenderischen Umgang mit der knappen Ressource Wasser, sowie
zu geringe Erfolge bei der Armutsbekämpfung.

Wirtschaftswachstum ohne gesellschaftliche Teilhabe

Die guten Wachstumszahlen (4.9 % im Jahr 2005ii), eine starke Währung durch substantielle Kapitalzuflüsse, niedrige Zinsen und enorme Haushaltsüberschüsse sowie andere positive makroökonomische Indikatoren (Handelsüberschüsse mit zahlreichen Wirtschaftspartnern, Exportsteigerung, usw.) können jedoch nicht über die geringe Nachhaltigkeit des südafrikanischen Wirtschaftsmodells hinwegtäuschen. Von über 40 % Arbeitslosigkeit berichten die Gewerkschaften. Die Mehrzahl der schlecht oder gar nicht ausgebildeten Arbeitssuchenden sind bereit, zu Niedrigstlöhnen (z. B. 100 € im Monat) zu arbeiten. Benötigt aber werden für die moderne, weltmarktintegrierte Industrie stattdessen hochqualifizierte Facharbeiter und Ingenieure, die oft nur noch im Ausland gefunden werden können. Die Fa. SASOL hat gerade den Antrag gestellt, 1.200 Facharbeiter aus Indien einzustellen, um dringende Reparaturen an dem Raffineriekomplex in Secunda durchführen zu können. In vielen Berufszweigen sind die südafrikanischen Gehaltserwartungen unverhältnismäßig hoch und stehen in keinem adäquaten Verhältnis zur Produktivität. Entsprechend der Politik und Gesetzgebung des Black Economic Empowerment (BEE) wird die Einstellung von (meist geringer qualifizierten) schwarzen MitarbeiterInnen systematisch fördert und bei der staatlichen Auftragsvergabe honoriert. Angesichts der starken Qualifizierungsdefizite ist ca. die Hälfte dieser Menschen nicht beschäftigungsfähig.

Südafrika - Bruttoinlandsprodukt (BIP) - reale Wachstumsrate (%)



Im Berichtszeitraum kam es zu einer Streikwelle ungewöhnlichen Ausmaßes. Zunächst traten die Piloten der staatlichen Fluglinie South African Airways (SAA) in den Ausstand (Forderung 30 % Gehaltserhöhung), dann die Bergarbeiter im Goldbergbau (ca. 100.000) sowie die Eisenbahn-Arbeiter (30.000). Der mit knapp drei Monaten längste und blutigste Streik der privaten Sicherheitsangestellten (bei 120.000 Teilnehmern kam es zu knapp 50 Toten!) erschütterte das Land wie kein anderer. Er führte der Öffentlichkeit deutlich vor Augen, wie stark die Privatisierung des Sicherheitsapparates vorangeschritten ist. Und, dass der Staat angesichts der tief greifenden Verwerfungen in der Gesellschaft seine Aufgabe, Sicherheit zu gewährleisten, nicht mehr erfüllen kann.

Die Gewaltkriminalität hat katastrophale Dimensionen erreicht. Sie liegt in einzelnen Fällen (Gewaltanwendung mit erschwerenden Tatbeständen wie zum Beispiel Raubmord, Kindesentführung etc.) etwa 20-mal so hoch wie im mitteleuropäischen Durchschnitt. Mittlerweile überfallen beispielsweise militärisch organisierte Verbände von 30 und mehr schwer bewaffneten Bandenmitgliedern ganze Einkaufszentren. Presse-Berichten zufolge handelt es sich tatsächlich zunehmend um ehemalige militärische Kommando-Einheiten aus den Nachbarländern Simbabwe, Mosambik und aus der Demokratischen Republik Kongo. Sie haben im vergleichsweise reichen Südafrika mit einer schlecht ausgebildeten Polizei und privatem Sicherheitspersonal leichtes Spiel.

Insbesondere für die ländlichen Gebiete Südafrikas ist bedeutsam, dass die Landreform nie wirklich an Schwung gewonnen hat. Die Rückgabe (Restitution) von Ländereien, die in den Apartheid-Jahren selbst unter den damaligen Gesetzen illegal in weiße Hände gingen, ist zu 90 % abgeschlossen. Aber das – vielen Kritikern noch zu zögerliche - Regierungsziel, bis zum Jahr 2015 insgesamt 30% der landwirtschaftlichen Nutzflächen (d.h. 11 mal mehr als bisher unter relativ klaren Verhältnissen verteilt wurde) an ehemals benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu verteilen, ist in weite Ferne gerückt. Seit 1994 sind nämlich – trotz aufwändiger und kostenintensiver Landrückgabe-Verfahren - erst etwa 4% der landwirtschaftlichen Nutzflächen verteilt worden. Fast die Hälfte der Begünstigten hat mittlerweile die Landwirtschaft – meist aus ökonomischen oder aber ökologischen Gründen - wieder aufgeben müssen. Die als Willing Buyer– Willing Seller bezeichnete marktkonforme Landverteilung hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Auf einem viertägigen „Land Summit“ in Johannesburg im August 2005 kündigte die damalige Ministerin für Landwirtschaft und Landfragen Thoko Didiza jetzt an, die kürzlich verabschiedeten Enteignungsgesetze nun verstärkt anzuwenden. Der Lapsus der südafrikanischen Vizepräsidentin Phumzile Mlambo-Ngcuka: „In diesen Fragen können wir Einiges von Simbabwe lernen“ iii wurde zunächst mit ungläubigem Staunen quittiert. Ge-

meint aber war wohl doch die wesentlich höhere politische Bedeutung, die diesem Thema in dem krisengeschüttelten Nachbarland eingeräumt wird. Denn auch jetzt gibt es in dieser Frage keine Anzeichen für ein Abweichen Südafrikas von strikten rechtsstaatlichen Prinzipien. Die Regierung macht aber weiterhin die überwiegend weißen Farmland-Besitzer für die Verzögerungen bei der Landverteilung verantwortlich. Diese behinderten durch übertriebene Preisvorstellungen ein schnelleres und effektiveres Vorgehen. Aber selbst die in Regierungsbesitz befindlichen Ländereien werden nur sehr zögernd verteilt. Kritiker des Programms betonen, dass mittlerweile die landwirtschaftlichen Erträge durch die vollständige Marktliberalisierung, Dürrezeiten und den Klimawandel, sowie mangelnde ländliche Infrastrukturinvestitionen nur wenigen großen Produktionseinheiten eine Überlebenschance am Markt lassen.

Hinzu kommt eine Welle der Gewalt auf weißen und schwarzen Farmen durch den Zusammenbruch der ländlichen Polizeikräfte. Knapp 1500 Farmer wurden zwischen 1994 und 2003 ermordet, manchmal auf bestialische Weise. Eine Untersuchung der Südafrikanischen Menschenrechtskommission (South African Human Rights Commission, HRC)^{iv} sollte die populäre These von rassistischen Motiven für diese Morde untersuchen. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter zeigte sich, dass es sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle „nur“ um schlichte Beschaffungskriminalität handelte. Diese gerät wegen der großen Bereitschaft zum Schusswaffengebrauch auf beiden Seiten rasch außer Kontrolle und endet oft tödlich.

In diesem Zusammenhang kam auch die Frage nach Landrechten und Landbesitz von Ausländern in die öffentliche Debatte. Sie ist lediglich in der Provinz Westkap ein allerdings untergeordnetes Stadtentwicklungsproblem. In diesem Landesteil werden Grundstücke vor allem in Meeresnähe bevorzugt von deutsche Pensionären aufgekauft. Dadurch sind die Grundstückspreise in diesem Marktsegment in schwindelnde Höhen gestiegen. Schwerwiegendere Auswirkungen hat dagegen die Anwendung des Extension of Security of Tenure Act (1997). Das Gesetz bestimmt, dass nach mehr als 10 Jahren lohnabhängiger Arbeit auf einer Farm die betreffenden Farmarbeiter ein Wohnrecht auf Lebenszeit erhalten. Dies hat die – überwiegend weißen – Farmer dazu bewogen, vor Ablauf dieser Frist ihre Landarbeiter umzusiedeln oder gar ganz zu entlassen. Das gut gemeinte Gesetz hat sich damit ins Gegenteil verkehrt und die Abwanderung vom Land in die Stadt beschleunigt. Das Fehlen einer echten, integrierten ländlichen Entwicklungspolitik in Südafrika lässt diesen Sektor kaum sein wirtschaftliches und beschäftigungspolitisches Potential entfalten. Eine kleinbäuerliche Produktionsweise, die der Mehrzahl der an der Landwirtschaft als Lebensgrundlage interessierten schwarzen

Landbevölkerung entsprechen würde, ist nur noch in wenigen, naturräumlich begünstigten Regionen Südafrikas möglich. Stattdessen wächst der Landdruck vor allem für die weitläufigen periurbanen Siedlungsräume, die mit der ungebremsten Verstädterung immer weitere Kreise erfasst.

Die Armutsbekämpfung hat in Südafrika weiterhin einen hohen politischen und rhetorischen Stellenwert, zeigt aber wenig Wirkung aufgrund makroökonomischer Gegensätze. Neuere unabhängige Zahlen stammen u.a. von Global Insight Southern Africa v. Die Zahl der Menschen unter der globalen 1-\$-pro-Tag-Armutsgrenze hat sich zwischen 1994 und 2004 verdoppelt, von 1,9 Mio. (4,5% der Bevölkerung in 1994) auf 4,31 Mio. (9,1% im Jahr 2004). Angesichts des Durchschnittseinkommens und der Kaufkraft liegt die Armutsgrenze für Südafrika jedoch wesentlich höher. Bei realistischeren 2 US-\$ pro Tag sind bereits 22,8 Millionen Menschen betroffen, ziemlich genau die Hälfte der südafrikanischen Bevölkerung. Diese soziale Katastrophe, die zu dem oben genannten GINI-Koeffizienten führt, wird nur durch die massive Auszahlung von Sozialhilfe abgemildert. Nach Angaben des Ministers für Soziale Entwicklung, Zola Skweyiya erhalten ca. ein Viertel der Gesamtbevölkerung (etwa 11 Millionen) Sozialhilfe. Besonders in den ländlichen Gebieten ist dies oft das einzige Familieneinkommen. Für die ärmsten 20 % der Bevölkerung sind Sozialhilfefzahlungen die wichtigste Einnahmequelle.

Mittlerweile hat die Regierung von Präsident Mbeki ein neues Wirtschaftsprogramm „Accelerated and Shared Growth Initiative for South Africa (AsgiSA) beschlossen, das ehrgeizige Wachstums- und Umverteilungsziele formuliert. Es basiert auf den Pfeilern: Bildungsoffensive, Öffentliche Aufträge, vor allem im Infrastrukturbereich (Bahnen, Häfen, Straßen), Verbesserung der Kommunalverwaltungen sowie weiteren Marktöffnungen und Handelsinitiativen. AsgiSA stellt ein nationales Pendant zum kontinentalen Wirtschafts- und Entwicklungsprogramm NEPAD (New Partnership for Africa's Development) dar.

Richtungs- und Nachfolgekämpfe im ANC

Angesichts der ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Probleme ist es nicht weiter verwunderlich, dass der breite gesellschaftliche Konsens, der die ersten zehn Jahre der Demokratie in Südafrika zu einer beispiellosen Erfolgsgeschichte gemacht hat, zu Bröckeln beginnt. In den letzten zwei Jahren wird das Land von politischen Krisen geschüttelt, die ihren Ausdruck in den Richtungs- und Nachfolgekämpfen innerhalb des African National Congress (ANC) finden:

Im Berichtszeitraum wurde der Waffenhändler Shabir Sheik, gleichzeitig auch der persönliche Finanzberater des Vizepräsidenten Jacob Zuma, der Korruption überführt. In Folge wurde daher auch weiterführende Anklage gegen Jacob Zuma erhoben. Das Verfahren selbst ist zurzeit noch nicht eröffnet und wird für die zweite Jahreshälfte 2006 geplant. Dabei geht es um Schmiergeldzahlungen eines deutsch-französischen Konsortiums zur Lieferung von Kriegsschiffen für die südafrikanische Marine, das größte Waffengeschäft des demokratischen Südafrikas. Im Juli 2006 wurde auch auf deutscher Seite (Ermittlungen gegen Thyssen-Krupp) deutlich, wie weit die Verstrickungen bis in die südafrikanische Staatsspitze gehen. Mittlerweile gerät selbst der amtierende Staatspräsident Thabo Mbeki in das Visier der Ermittler. Das Verfahren gegen Jacob Zuma ist weiterhin anhängig.

Vor dem Hintergrund des Korruptionsskandals schlug im November 2005 die Nachricht von einer Anzeige gegen Jacob Zuma wegen des Verdachtes der Vergewaltigung wie eine Bombe ein. Eine bekannte (HIV-positive) Aids-Aktivistin und Freundin der Familie Zuma erhob die Vorwürfe. Der ANC suspendierte daraufhin Jacob Zuma auch von seinen Funktionen als Vize-Präsident der Partei. Das Verfahren (siehe unten) geriet zu einer Farce, in der die tiefe Spaltung der Bevölkerung und die Geringschätzung gegenüber Frauenrechten deutlich wurden. Im Mai 2006 wurde Jacob Zuma aus Mangel an Beweisen bzw. aufgrund der Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugin freigesprochen.

Das gesamte Verfahren hat das Land polarisiert. Zahlreiche Institutionen des Staates wurden in Misskredit gebracht. Den polizeilichen Ermittlungsbehörden wird voreingenommene und fachlich schlechte Ermittlungsarbeit vorgeworfen. Die unabhängigen Medien werden der öffentlichen Vorverurteilung des Angeklagten bezichtigt. Der Inlands-Geheimdienst National Intelligence Agency (NIA) wurde in den Strudel mehrerer Kabalen (Ausspitzelung von politischen Gegnern im Inland, Rufmordkampagnen wie z.B. die sog. „e-mail saga“) gezogen. Für die Anhänger Jacob Zumas waren all dies Beweise einer Verschwörung gegen die Machtübernahme eines populären, allgemein als fortschrittlich eingestuften Präsidentschaftskandidaten am Ende der 2. Amtszeit des Präsidenten Mbeki im Jahr 2009 angesehen.

Am 27. September 2005 wurde der Bergbau-Unternehmer und Spekulant Brett Kebble auf offener Straße in Johannesburg ermordet. Schnell wurde bei den bis heute nicht abgeschlossenen Ermittlungen deutlich, dass es sich kaum um einen Raubmord handeln konnte. Innerhalb weniger Tage kollabierte sein mehrere Milliarden Rand schweres Wirtschaftsimperium. Es wurde deutlich, dass er die Vermögen mehrerer Firmen unter seiner Kontrolle dazu benutzt hatte, illegale Black Economic Empowerment (BEE)-

Geschäfte abzuwickeln. Diese betreffen vor allem führende Persönlichkeiten der Jugendliga des ANC (African National Congress Youth League, ANCYL), die sich wie keine andere politische Organisation hinter den Vizepräsidenten Zuma gestellt und seine Präsidentschaftskandidatur unterstützt hatte.

Weitere schwerwiegende Korruptionsfälle haben in den vergangenen Monaten die politische Landschaft erschüttert. Als Oilgate wird ein Vorgang bezeichnet, bei dem Gelder der staatlichen Ölhandelsfirma PetroSA über das Privatunternehmen Imvume Holdings aus einem fragwürdigen Ölgeschäft direkt an den ANC zur Wahlkampffinanzierung missbraucht wurden. Ebenso ist Südafrika auch in die Bestechungsskandale um das UN-Projekt „Oil for Food“ (OIF) im Irak verwickelt. Beide Verfahren sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Im sog. Travelgate-Skandal wurden 30 Parlamentsabgeordnete des systematischen Missbrauchs von Reisesmitteln des Parlamentes überführt. Auch der als Gravy Plane bezeichnete Skandal um den Urlaubsflug der Vizepräsidentin Phumzile Mlambo-Ngcuka zu Weihnachten 2005 nach Dubai mit einer Maschine der Luftwaffe hat Fragen nach ihrer moralischen Autorität aufgeworfen. In einigen dieser Fälle werden dem Public protector (ein Amt, das dem deutschen Ombudsmann entspricht), Lawrence Mushwana, unzureichende Untersuchungen ohne Ergebnisse vorgeworfen.

Der Umgang mit dem Verfall der politischen Kultur, die Zentralisierung der Macht im Präsidialamt und die Differenzen zum wirtschaftspolitischen Kurs der gegenwärtigen Regierung haben zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der südafrikanischen Dreier-Allianz zwischen dem ANC und der South Africa Communist Party (SACP) und dem Gewerkschaftsdachverbandes Congress of South Africa Trade Unions (COSATU) geführt. Die South African National Civic Organisation (SANCO) hat sich gar über diese Frage gespalten.

Weitere Themen der politischen Auseinandersetzung im vergangenen Jahr waren u.a.

- die Kommunalwahlen im März 2006, die mit einem überraschend hohen Wahlsieg des ANC endeten,
- das fragwürdige System des „floor crossing“ (siehe frühere Berichte), das die erdrückende Übermacht des ANC im Bundesparlament noch um 10 Sitze erhöhte,
- die Neuordnung von Gemeindegrenzen: Insgesamt 16 Gemeinden wehren sich gegen die Verwaltungs-Einordnung in eine andere Provinz (Beispiele Kuthsong an der Grenze zwischen der Nordwest-Provinz und Gauteng oder Matjibeng zwischen Free State und Eastern Cape). Die gewalttätigen Auseinandersetzungen in den betroffenen Gemeinden werfen ein Schlaglicht auf die Unzufrie-

denheit der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation und der geringen Leistungsfähigkeit zahlreicher Kommunalverwaltungen. Zwei Drittel davon werden von der Zentralregierung als handlungsunfähig beschrieben.

- die Versuche der Einschränkung der Medienfreiheit, u.a. die immer stärkere Kontrolle des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsenders South Africa Broadcasting Corporation (SABC). Die Regierung reagiert zunehmend ungehalten auf NRO-Kritik und erwog sogar die Einführung von neuen Gesetzen zur Kontrolle der Informationsarbeit von NROs (Bsp. die Anti-Nuke-Kampagne des Heinrich-Böll-Stiftung Partners Earthlife Africa). Der World Press Freedom Index von „Reporter ohne Grenzen“ dagegen bewertet Südafrika weiterhin als „the 31st most free country in the world“vi. Die starke, unabhängige Presse (Printmedien)vii stellt – neben der – ebenfalls sehr unabhängigen – Justiz einen der wichtigsten Garantien für eine freie Gesellschaft dar. Die meisten der oben aufgeführten Skandale und Korruptionsaffären wurden von den Printmedien, vor allem von der angesehenen „Mail & Guardian“ aufgedeckt und ausführlich recherchiert.

Internationales Ansehen

In den internationalen Beziehungen genießt Südafrika weiterhin ein sehr hohes Ansehen. Bei den Welthandelsverhandlungen und zahlreichen anderen internationalen Foren spielte die junge Republik eine wichtige Rolle als Stimme des Südens, bzw. der Schwellenländer. Ihre Vermittlerdienste werden im Irak und jüngst in der Iran-Krise angefordert. Südafrika leistet wertvolle Friedensdienste im Kongo, in Burundi, im Sudan (Darfur) und Somalia. Die südafrikanische Regierung spielt weiterhin eine führende Rolle im Rahmen der Afrikanischen Union (AU) und beherbergt unter anderem das Pan-Afrikanische Parlament (PAP) mit Sitz in Midrand, nahe Johannesburg. Mehrere Sitzungen dieses Gremiums scheiterten jedoch im Berichtszeitraum an akutem Finanzmangel, da vor allem die anderen Gründerstaaten Ägypten, Libyen und Algerien ihre Finanzierungszusagen nicht einhielten. Dies geschah offensichtlich aus Verärgerung über die Ansiedlung des Parlamentes im Südlichen Afrika. Ebenso wurden Versuche unternommen, die regionale Entwicklungsgemeinschaft Southern African Development Community (SADC) durch eine Reorganisation des Sekretariates in Gabarone/Botswana zu stärken.

Im Rahmen des NEPAD-Programms der AU wurde im Jahr 2005 in Südafrika der nationale African Peer Review Mechanism (APRM) begonnen. Die Arbeiten dazu stehen kurz vor dem Abschluss, zurzeit befindet sich ein hochrangiges Country Review Team der African Union (AU) unter Leitung von Prof. Adebajo Adedeji im Lande. Der APRM-Prozess in Südafrika litt von vornherein an geringem öffentlichen Interesse, zunächst geringer Ein-

bindung der Zivilgesellschaft und relativ schleppenden Vorbereitungen. Zuletzt aber hatten 28 NROs, Gewerkschaften, Verbände und akademische Think-Tanks (wie dem South African Institute of International Affairs (SAIIA), Institute for Security Studies (ISS) und African Institute of Corporate Citizenship (AICC)) substantielle Beiträge von insgesamt 773 Seiten geliefert. Der von der Ministerin für Öffentliche Verwaltung, Geraldine Fraser-Moleketi, koordinierte Country Self-Assessment Reportviii kommt – angesichts der riesigen Lasten bei der Überwindung des Erbes der Apartheid – zu überwiegend guten bis hervorragenden Noten und wird gerade überprüft.

Kritisch aber werden angemerkt:

- die weiterhin allgegenwärtige Gewalt gegen Frauen und Kinder,
- die geringe Bewältigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen den Bevölkerungsgruppen Südafrikas,
- geringe Erfolge bei der Bekämpfung der Korruption,
- die weit verbreitete Arbeitslosigkeit und Armut, insbesondere unter Frauen,
- die ungleichen Wachstumschancen,
- die Intransparenz der öffentlichen Finanzen, sowie Jahresberichte öffentlicher Institutionen, die oft mehr Werbebroschüren als Rechenschaftslegungen gleichen,
- die schlechte Erhebung von Statistiken (zum Beispiel in Bezug auf die Anzahl von HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen, der Zahl der Arbeitslosen, usw.) und staatliche Versuche der Manipulation von Statistiken, die eine rationale Politik-Planung auf der Grundlage klarer Faktenlagen erschwert,
- nicht zuletzt die „unklare Regierungspolitik“ in Bezug auf HIV/Aids.

Besonders auffällig sind an fast allen Beiträgen die starke Betonung von Frauenrechten sowie die Erkenntnis, dass für eine stärkere Transparenz der südafrikanischen Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen gesorgt werden müsse.

2. Simbabwe: Eine unendliche Geschichte

In Simbabwe halten politische Lähmung und wirtschaftlicher Niedergang weiter an. Die Leidenschaft des simbabwischen Volkes hat längst ihre Grenzen erreicht. Die Unzufriedenheit äußert sich aber weniger in einer besseren Organisation der Opposition oder kraftvollem Widerstand gegen das zunehmend verantwortungslose Regime von Präsidenten Robert Mugabe als vielmehr in einem der größten Flüchtlingsströme der afrikanischen Gegenwart. Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissars zeigen, dass bis zu drei Millionen SimbabweInnen -überwiegend die jüngere Generation- das Land verlassen haben. Es ist dies die massivste aktuelle Wanderbewegung Afrikas in Friedenszeiten. Allein zwei Millionen halten sich zurzeit in Südafrika auf, trotz der wöchentlichen Massendeportationen durch die südafrikanische Polizei. Auslöser für diesen permanenten Flüchtlingsstrom sind die anhaltende Hungerkatastrophe im Land und die politische Unterdrückung. Das Fass zum Überlaufen aber brachte die im Mai 2005 begonnene „Operation Murambatsvina“ (Operation Restore Order). Mit dem Ziel, die städtische Unterstützung für die Opposition zu untergraben, machten Militär und Polizei nahezu alle Spontansiedlungen - zunächst in Harare, dann aber auch in den anderen Städten des Landes und zuletzt auch auf dem Land selbst - dem Erdboden gleich und vertrieben die Anwohner. Der Bericht der tansanischen VN-Sonderberichterstatterin Anna Kajumulo Tibaijuka, Leiterin der VN-Organisation für Siedlungswesen (Habitat) in Nairobi, sprach eine für die Vereinten Nationen ungewöhnlich deutliche Sprache. Die über 700.000 armen Simbabweer, die durch ihre Vertreibung "katastrophaler Ungerechtigkeit" ausgesetzt worden seien, bräuchten humanitäre Hilfe. Durch die Vertreibungen sei eine schwere humanitäre Krise herbeigeführt worden. Von der Aktion unter dem zynischen Propagandatitel "Vertreibt den Abfall", mit der die Behörden Simbawes im Mai begannen, waren über 2,4 Millionen Menschen betroffen. Bis heute sind 18 % der Gesamtbevölkerung Simbabwe von diesen Maßnahmen, insbesondere auch der informelle Sektor stark in Mitleidenschaft gezogen.ix

Der Krise der simbabwischen Wirtschaft hat sich weiter verschärft. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 85 %. 90 % der SimbabweInnen leben unter der Armutsgrenze. Die Devisenvorräte sind aufgebraucht. Über vier Millionen Menschen sind von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Mit zuletzt über 1.000 % Inflation ist die simbabwische Wirtschaft die am schnellsten kollabierende Volkswirtschaft der Gegenwart. Versorgungskrisen erschüttern das Land. Insbesondere die Energieversorgung ist auf weiten Strecken zusammengebrochen und wird nur noch durch Lieferkredite der Nachbarländer notdürftig aufrechterhalten. Im Februar 2006 liefen die Fristen für die Rückzahlung früherer IWF-Kredite aus. Mit einer Zahlungsverzögerung hätte Simbabwe die letzten Chancen auf

kommerzielle Kreditlinien selbst im lebenswichtigen Rohstoffhandel verspielt. Überraschend gelang es dann doch der simbabwischen Zentralbank unter Gouverneur Gideon Gono, fristgerecht zu zahlen. Diesem Coup waren langwierige Verhandlungen vorausgegangen. Ein ursprünglich von Präsident Thabo Mbeki angebotener südafrikanischer Überbrückungskredit scheiterte an den politischen Bedingungen auf einen nationalen Dialog, die die südafrikanische Regierung mit diesem Angebot verknüpfte. Ein verzweifelter Versuch, die ansonsten kulante chinesische Regierung zur Zahlung zu bewegen, misslang in letzter Minute. Die Überraschung war jedoch groß, dass Simbabwe dann doch noch in letzter Minute seine Außenstände beim Internationalen Währungsfonds (IWF) bezahlen konnte. Der IWF entsandte daraufhin eine Sonderkommission nach Harare, um die Herkunft der Gelder zu überprüfen. Das Ergebnis war niederschmetternd. Ähnlich wie in früheren Jahren bei der Nahrungsmittelhilfe hatte Simbabwe die internationale Gemeinschaft über die Devisenbestände getäuscht. Außerdem werden jetzt kommerzielle Kredite mit zukünftigen Platin-Lieferungen garantiert. Platin ist das letzte bedeutende und nun wichtigste Exportprodukt des Landes. Hier hat sich der Höhenflug des Platinpreises, der sich in den letzten 12 Monaten auf den Weltmärkten verdoppelt hat, als wirtschaftlicher Rettungsanker für das Land erwiesen. Die Lagerstätten dieses Edelmetalls in Simbabwe sind derart groß und bei den gegenwärtigen Rohstoffpreisen ertragreich, dass dieser Sektor immer noch auswärtige Investitionen ins Land zieht. Dies trotz der Androhung der Teil-Verstaatlichung bzw. der Überführung des Bergbaubesitzes in einheimische Hände (indigenisation im Minerals and Mines Amendment Act).

Politisch sind zurzeit keine neuen Auswege aus der Krise zu erkennen. Präsident Robert Mugabe hat es vermocht, verschiedene Spaltungstendenzen der Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (ZANU-PF) – zunehmend mit dem Hinweis auf die Gefahr eines Eingreifens der Armee - im Keim zu ersticken. Gespalten hat sich jedoch in der Zwischenzeit die Opposition. Das Movement for Democratic Change (MDC), eine politische Gründung des Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU) unter Präsident Morgan Tsvangirai hat die politische Frage zur Teilnahme an den Wahlen zum neu eingerichteten Senat im simbabwischen Parlament nicht unbeschadet überstanden. Unter der Führung des Ingenieurs Prof. Arthur Mutambara hat sich die Ncube-Fraktion abgespalten. Sie wirft Morgan Tsvangirai zunehmend autoritäres Verhalten neben mangelnder Führungsstärke vor. Zahlreiche Versuche, die Partei MCC wieder zu vereinen, sind bisher gescheitert. Allerdings ist es auch nicht zu einer offenen Spaltung des MDC oder Partei-Neugründung gekommen.

Wie wenig sicher sich das simbabwische Regime vor internen Debatten fühlt, zeigen die fortgesetzten Versuche, die Meinungsfrei-

heit im Land zu unterdrücken. Die drei einzigen unabhängigen Radiostationen des Landes "Voice of the People", "ShortWave Radio Africa" und "Studio 7" wurde in den letzten Monaten durch Störsender an der Ausstrahlung ihrer Programme gehindert.

Die mit Spannung erwartete Zeitungs-Neugründung Weekly Times in Harare musste bereits kurz nach der ersten Ausgabe das Erscheinen aufgrund der drakonischen Mediengesetze in diesem Land wieder einstellen. Aus demselben Grund scheiterten auch die Versuche der angesehenen Daily News, wieder eine Lizenz zu erhalten.

Das von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderte Radio-Projekt „Voice of the People“ mit Sitz in Harare wurde am 15. Dezember 2005 von der simbabwischen Polizei unter dem Vorwand durchsucht, illegale Sendeanlagen aufzufindig zu machen. Tatsächlich hat das Projekt derartige Anlagen nie besessen oder betrieben. Die gesamte Ausrüstung wurde beschlagnahmt. Alle Mitarbeiter sowie der gesamte Vorstand wurden der Verletzung des Rundfunkgesetzes (Broadcasting Services Act 2001) angeklagt. Diese Ausweitung der juristischen Verantwortlichkeiten ist ein Novum in der Geschichte der Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Simbabwe und ein Vorgriff auf das noch nicht verabschiedete Zimbabwe NGO Bill 2004 (siehe unten). Das Verfahren gegen Voice of the People ist noch anhängig und behindert den Betrieb des Radio-Projektes.

The Non-governmental Organisations Bill aus dem Jahr 2004 sollte lokale und ausländische NROs, die sich „mit governance Fragen beschäftigen“ unter die Kontrolle einer Regierungsagentur bringen. Das Gesetz wurde im Dezember 2004 im Parlament verabschiedet, der Präsident hat es aber bis heute nicht mit seiner Unterzeichnung in Kraft gesetzt. Das ist mittlerweile auch praktisch nicht mehr notwendig, denn viele NROs und Geberorganisationen haben sich angesichts der deutlichen Drohungen aus politisch sensiblen Bereichen und Vorgängen zurückgezogen. Die Stiftung wird weiterhin im Rahmen des Demokratieprogramms die Existenz unabhängiger Medien fördern. Der Internet-Nachrichtendienst ZIMONLINE^x erfreut sich großer Beliebtheit: Davon zeugen mehrere tausend Leser am Tag auch in Simbabwe und zahlreiche Nachdrucke in der Region.

Die für das Frühjahr 2008 angesetzten Präsidentschaftswahlen in Simbabwe werden das Land weiter destabilisieren. Das Regime wird zu populistischen Maßnahmen (wie die Ankündigung der Teil-Verstaatlichung des Bergbaus, usw.) sowie weiteren drakonischen Sicherheitsmaßnahmen greifen. Eine kurzfristige politische Lösung ist angesichts der Zerrissenheit der Hauptakteure nicht zu erkennen. Die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen unter

Generalsekretär Kofi Annan sind gescheitert. Sie sollten den Präsidenten zu einer transitional presidency bewegen im Austausch gegen die Aufhebung von Sanktionen und die Isolation des Landes.

3. Namibia: Vorsichtige Öffnung unter Präsident Pohamba

Der unter Präsident Hifikepunye Pohamba eingeleitete Öffnungskurs des Landes hat sich fortgesetzt, allerdings unter schwierigeren Umständen als zunächst angenommen. Das bisher vorbildliche Wirtschaftswachstum schwächt sich ab, die Wirtschaft stößt an ihre natürlichen Grenzen. Die Industrialisierungspolitik stagniert. Auch führt die zunehmende politische Öffnung des Landes, in der auch verdiente Parteikader keine Immunität mehr genießen, dazu, dass das Ausmaß an Korruption sichtbar wird. Besonders besorgniserregend – und symptomatisch für die weiterhin zerrissene Gesellschaft – ist die rasch anwachsende Gewaltkriminalität (mit 2.000 Gewalttaten per 100.000 Einwohner pro Jahr in derselben Größenordnung wie Südafrika). In den Medien ist eine zunehmend kritische Debatte zu verzeichnen. Der - von der Stiftung geförderte - unabhängige Radiosender Katutura Community Radio (KCR) arbeitet ungehindert und erreicht nach einer Ausweitung der Sendekapazitäten mittlerweile knapp die Hälfte der Einwohner Namibias.

Mit einer Rate von 3,2 % (2005)^{xi} hat sich das Wachstum der namibischen Wirtschaft deutlich abgeschwächt (2004 noch 5,9 %). Der Bergbauindustrie ist es nicht gelungen, trotz hoher Rohstoffpreise die Produktion und damit die Exporte zu erhöhen.

Die Entlassung von Paulus Kapia, dem Vize-Minister für Transport and Telekommunikation und Vertrauten des Ex-Premiers Sam Nujoma im Kabinett Pohamba, erschütterte das Land. Ihm wird die Veruntreuung von Geldern der staatlichen Rentenkasse in Höhe von 37 Mio. Nam-\$ (ca. 5 Mio. €) vorgeworfen. Der junge Mann, der auch Generalsekretär der Jugendliga der namibischen Regierungspartei South West African People's Organization (SWAPO) ist, hatte seiner eigenen Investitionsgesellschaft AVID die Gelder aus der staatlichen Rentenkasse anvertraut und anschließend bei riskanten Anlagegeschäften verloren. Die neue Regierung, die mit einem klaren Anti-Korruptionsprogramm ihre Arbeit begonnen hatte, hat diese Machtprobe mit dem ehemaligen Staatspräsidenten offensichtlich bestanden.

Die Bekämpfung der Korruption hat weiterhin Vorrang. 55 Millionen Nam-\$ des Anlagevermögens der Namibia Development Cor-

poration (NDC) and der Offshore Development Corporation (ODC) wurden durch ihren Generaldirektor Abdool Aboobakar so leichtsinnig und erfolglos investiert, dass die beiden halbstaatlichen Firmen liquidiert werden mussten. Besonders hart trifft das kleine Land die angekündigte Schließung der Filiale der malaysischen Textilfirma Ramatex. Das erst vor 4 Jahren mit massiver staatlicher Subvention in Windhoek eröffnete Werk war zum wichtigsten privaten Arbeitgeber in der Stadt geworden. Nach dem Auslaufen des Welt-Textilabkommens (Multi-Fiber Agreement) war der Standort für die malaysischen Eigentümer zu teuer geworden. Sie beklagten auch die geringe Produktivität im Vergleich zu anderen Standorten. Von Umweltschützern und der Stadtverwaltung von Windhoek war das Werk der ständigen Verseuchung des Grundwassers von Windhoek überführt worden. Allein um die etwa 6.000 Arbeitsplätze zu erhalten, müsste der namibische Staat jetzt eine halbe Milliarde Nam-\$ (etwa 55 Mio. €) investieren. Da dies abgelehnt wird, gehen wahrscheinlich Tausende von Arbeitsplätzen verloren. Die Stadtverwaltung von Windhoek wird zudem auf den Milliardenkosten für die Sanierung des Grundwassers sitzen bleiben. Seit Jahren haben die Partner der Stiftung auf diese Gefahr hingewiesen.

Die Verfügbarkeit von Wasser ist aufgrund geringer Niederschläge weiterhin das wichtigste Hemmnis für die Entwicklung Namibias. In den sechs nördlichen Regionen des Landes muss das World Food Programme (WFP) weiterhin Nahrungsmittelhilfe für 110.000 Kinder leisten. Gleichzeitig waren aber auch lokal heftige Niederschläge zu verzeichnen, die zwischen Januar und April 2006 Flutkatastrophen in zahlreiche Ortschaften des Landes bewirkten. Namibia ist bereits fest im Griff des Klimawandels. Naturkatastrophen ereignen sich häufiger und sind intensiver. Die landwirtschaftliche Produktion stagniert, in der Fischereiwirtschaft muss der massiven Überfischung durch eine drastische Einschränkung der Fangquoten begegnet werden. Die Fangquote von 530.000 Tonnen Fisch aus dem Jahr 2004 musste für einzelne Fischarten und Fischereizonen um bis zu 35 % gesenkt werden. Namibia hat daher zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder zu der sehr umstrittenen Maßnahme des Tötens von mind. 70.000 Seerobben allein im Juli 2006 gegriffen, unter dem - bisher unbewiesenen - Vorwand, dass die Robben die Fischbestände dezimieren würden.

Lediglich der Uranbergbau scheint weiterhin zu florieren. Das Uranbergwerk Langer Heinrich mitten im Nationalparkgebiet Namib-Naukluft in der Nähe von Swakopmund wird demnächst (Sept. 2006) die Produktion aufnehmen, trotz erheblicher Bedenken von Umweltschützern und Anwohnern. Zwei weitere Lagerstätten, Trekkopje und Klein Trekkopje, werden gerade intensiv erforscht. Selbst die alte Uranmine Rössing schreibt - trotz niedriger Gehalte, und geringer Produktivität - bei den anhaltend hohen Uranpreisen schwarze Zahlen. Weitere Projekte befinden sich in

der Planung. Ihnen allen gemeinsam ist neben den radiologischen Belastungen und der Flächenzerstörung in sehr empfindlichen Habitats der Zugriff auf riesige Mengen der immer knapper werdenden Wasservorräte des Landes. Die Umweltbewegung Earthlife Africa Namibia hat gegen erhebliche Widerstände breit und erfolgreich zu diesen Themenkomplexen informiert. Die Publikation „Uranium Road“ (2004) und „Nuclear Energy – Myth and Reality“ der Stiftung, sowie ein regionaler Kongress aller atomkritischen Gruppen im Südlichen Afrika und die Teilnahme an der Tschernobyl-Konferenz haben sie dabei unterstützt.

Auch heute, 16 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit, sind viele Vorgänge aus der Zeit des Befreiungskampfes nicht aufgeklärt. Die Regierungspartei SWAPO hat es stets abgelehnt, eine Wahrheitskommission mit der Aufklärung der zahlreichen Menschenrechtsvergehen auf allen Seiten des Krieges zu beauftragen. Offensichtlich geschieht dies auch, um nicht die eigenen Vergehen aufdecken zu müssen. So war es nicht verwunderlich, dass die kürzlich entdeckten Massengräber aus der Zeit des Befreiungskampfes die Nation aufwühlte. Bei Bauarbeiten in der Nähe von Eenhana, nahe einer ehemaligen südafrikanischen Militärbasis im Norden des Landes, tauchten Überreste von Hunderten von Körpern aus der Zeit der heftigsten bewaffneten Auseinandersetzungen in den 80-iger Jahren auf. Wahrscheinlich handelt es sich um die Leichen von Swapo-Guerrillakämpfern, die hier von der südafrikanischen Armee im April 1989, im sog. Neun Tage Krieg, getötet wurden.

Nach den Feierlichkeiten und Festreden im Jahr 2004 zum 100. Jahrestag des deutschen Völkermordes an den namibischen Herero am Waterberg ist wieder Lähmung und Stillschweigen eingetreten. Den großen Gesten sind wenige Taten gefolgt. Die Führung der Herero stößt mit der Forderung nach Entschädigungszahlungen bei der deutschen Bundesregierung auf Granit. Die deutsche Weigerung, dieses Thema überhaupt weiter zu behandeln, lähmt den vereinbarten Versöhnungsprozess, der seit einem Jahr auf der Stelle tritt.

Auch die umstrittene Durchführung der Landreform sorgt für Konfliktstoff. Mittlerweile hat Namibia – allerdings in einem durchaus rechtsstaatlichen Verfahren – die ersten drei ehemals in deutschem Besitz befindlichen Farmen (Ongombo West, Okorusu und Marburg) enteignet und an Kleinbauern verteilt. Weitere Enteignungsbeschlüsse sind für 18 zusätzliche kommerzielle Landwirtschaftsbetriebe erteilt, jedoch noch nicht umgesetzt worden.

4. Genderpolitik

Das Gerichtsverfahren gegen den Vizepräsidenten Jacob Zuma (siehe oben) verdeutlichte nicht nur die politische Zerrissenheit des Landes, sondern auch, wie verschiedene Teile der Gesellschaft Gender-Themen angehen. Täglich gab es zum Teil gewalttätige Auseinandersetzungen vor dem Gebäude des Johannesburg High Court zwischen Unterstützern des Angeklagten und der Klägerin. Erstere entschuldigten sein Verhalten als Teil der Zulu-Kultur, während die Frauenrechtsorganisationen u.a. gegen die entwürdigende Prozessführung protestierten. Die Tatsache, dass viele der Unterstützer von Jacob Zuma Frauen waren, zeigt, dass Frauenrechtspositionen noch längst nicht von allen Frauen wahrgenommen werden. Projektpartner der Stiftung (Centre for the Study of Violence and Reconciliation, CSV, und Centre for Applied Legal Studies, Tshwaranang Legal Advocacy Centre) bemühten sich vergeblich, als Nebenklägerinnen (*amicus curiae* = "friends of the court") am Verfahren teilzunehmen und so auf die Prozessführung Einfluss zu nehmen. Das Verfahren hat die enormen Aufgaben aufgezeigt, die für eine echte Gleichberechtigung der Geschlechter in Südafrika noch zu bewerkstelligen sind.

Als Reaktion auf das Verfahren wurde (u.a. von Projektpartnerinnen der Stiftung) die One In Nine-Kampagne ins Leben gerufen. Sie weist auf den Umstand hin, dass nur etwa jede neunte Vergewaltigung auch tatsächlich zur Anzeige kommt. Die südafrikanische Polizei berichtet zwischen 2004 und 2005 von einem Anstieg um 4 % bei Anzeigen von Vergewaltigung und von 8 % bei sexueller Belästigung, und einem Anstieg der Fallzahlen von 52.000 auf 55.000 Vergewaltigungen. Das bedeutet, dass jede 5. Frau in Südafrika innerhalb eines Jahres Opfer von sexueller Gewalt geworden ist. Die Stiftung wird daher weiterhin schwerpunktmäßig in diesem Bereich tätig sein und die Widersprüche zwischen politischer wie auch formal-juristischer Gleichberechtigung und täglichen Gewalterfahrungen thematisieren.

Seit Jahren fordern Frauenorganisationen eine Reform des Sexual Offences Amendment Bill 2003. Die Bearbeitung dieses Projektes kommt im Parlament nicht weiter: seit 8 Jahre werden Anhörungen und Beratungen dazu durchgeführt. Das Gesetz soll den Anspruch auf HIV-Vorsorge im Fall von Vergewaltigung regeln und die bewusste und beabsichtigte Verbreitung des Virus durch HIV-positive Vergewaltiger als Mord ahnden. Dies war eine der zentralen Forderungen der im Jahr 2005 wieder sehr erfolgreichen und von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützten 16 Days of Activism: „My Strength is not for Hurting“. Die Gesetzesreform ist für das laufende Jahr versprochen worden, aber erst kürzlich wieder vom Kabinett von der Beratung abgesetzt worden.

Dagegen war die 50/50-Kampagne, bei der zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen 50 % der aufgestellten Kandidaten Frauen sein mussten, sehr erfolgreich. Inzwischen sind nahezu 50 % der Vertreter in den südafrikanischen Gemeinderäten Frauen. Dies soll nun auch bei den im Jahr 2009 anstehenden Parlamentswahlen gelten. Bei den Parlamentswahlen in Simbabwe und Namibia geht hingegen der Frauenanteil zurück.

Frauen sind in Südafrika jetzt auch in den Gewerkschaften stärker vertreten. Allerdings haben sich die klassischen Gewerkschaften als wenig empfänglich für die besonderen Belange von armen Frauen erwiesen. Vor einigen Jahren war die Stiftung mit der Hilfestellung bei der Gewerkschaftsbewegung der Arbeitslosen (Self-Employed Women's Union (SEWU)) beteiligt. In der Westkap-Region ist – wiederum mit tatkräftiger Unterstützung der Stiftung – die Landarbeiterinnengewerkschaft Sikhula Sonke auf den Weingütern der Region um Stellenbosch entstanden und kämpft gegen Arbeitgeberwillkür und Alkoholismus.

5. Umweltpolitik

Mit In-Kraft-Treten des Kyoto-Protokolls (am 16. Februar 2005) wurde das Südliche Afrika als ein wichtiger Partner bei der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen interessant. Die geringe Energieeffizienz von Industrie und Landwirtschaft erlauben große CO₂-Einsparungen mit relativ geringem Investitionsaufwand. Folgerichtig haben sich zahlreiche neue Organisationen gebildet, die das Projektmanagement von neuen Projekten in der Anwendung Erneuerbarer Energien, insbesondere der Produktion von Bio-Kraftstoffen aus Zuckerrohr und Mais, zum Ziel haben. Aber noch gibt es viel zu wenige Projekte und Projektorganisationen, um von diesen Möglichkeiten und Mitteln Gebrauch zu machen. Von weltweit 226 Clean development Mechanism-(CDM)-Projekten sind bisher erst 3 in Südafrikaxii bewilligt. Jetzt rächt sich, dass die südafrikanische Regierung jahrelang das Thema nicht bearbeitet hat. Einer großen Investitionsbereitschaft stehen nur wenige durchführungsreife Projekte gegenüber. Die entsprechenden Planungs- und Gesetzgebungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen, die Verwaltung zu wenig sensibilisiert.

Dagegen macht der klassische industrielle Umweltschutz rasche Fortschritte, nicht zuletzt durch die politische Führung des südafrikanischen Umweltministers Marthinus van Schalkwyk. In seine Amtszeit fällt die Verabschiedung des National Environment Management: Air Quality Act 2004 (Gesetz zur Luftreinhaltung)

durch das Parlament am 19. Februar 2005. Eine erste Anwendung findet das Gesetz in der Festlegung von nationalen Brennpunkten der Reinhaltungsaktivitäten der Regierung: (Raffineriepark von Durban South, Industriegürtel der chemischen und Stahl-Industrie im Vaal Triangle), Industriegürtel von Richards Bay, die Raffinerien von Milnerton in Kapstadt und der Kohle- und Raffineriebezirk Middleburg-Witbank-Secunda. Es wird nach Ansicht von Fachleuten allerdings noch 5 – 10 Jahre dauern, bis eine substantielle Reduktion der Luftbelastung in den industriellen Ballungsräumen zu verzeichnen sein wird. Aber ein erster, wichtiger Schritt ist getan. Das neue Gesetz geht weit über die Verordnung von Emissionsgrenzwerten hinaus und verpflichtet Kommunalverwaltungen und Industriebetriebe zu Einhaltung von Standards der Umgebungsluft. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Emissionen in Ballungsräumen kumulativ wirken. Das Gesetz ist bahnbrechend für den Umweltschutz. Es ist maßgeblich unter Mitwirkung der zivilgesellschaftlichen Umweltschutzbewegung entstanden, an deren Aufbau die Stiftung an zahlreichen Stellen tätig war und ist.

Gleichzeitig ist auch die Durchsetzung des verbesserten Umweltrechtes in eine neue Phase eingetreten. Mit der Gründung der Environmental Enforcement Agency (den „Green Scorpions“, wie sie im Volksmund genannt werden, in Anlehnung an die Elite-Polizeinheit für Wirtschaftsverbrechen) und in Zusammenarbeit mit neu eingerichteten Umweltgerichtshöfen (praktisch sind das spezialisierte Umweltschiedsgerichte an den Landesgerichten) kann das Umweltrecht zum ersten Mal auch gezielt durchgesetzt werden.

Zusätzlich hat in den vergangenen Monaten die noch junge Umweltbewegung eine Reihe von wichtigen Erfolgen errungen:

Das Wirtschaftsministerium hat ein generelles Moratorium für den Import von gentechnisch veränderten Organismen (GMO) in der Landwirtschaft ausgesprochen, um die handelspolitischen Implikationen gründlicher prüfen zu können.

Die Anwendung von jeglicher Form von Asbest wurde endgültig verboten. Die Opfer von Asbest-Vergiftung aus dem Bergbau werden jetzt durch einen großzügig bemessenen Entschädigungsfonds kompensiert. Selbst in Simbabwe, einem Hauptproduzenten von Asbest, wird jetzt ein generelles Verbot erwohnen.

Die Diskussion über das geplante Notschlachten (culling) von überzähligen Elefanten vor allem im viel besuchten Krüger-Nationalpark erregt die Gemüter auch weit über die Landesgrenzen hinaus.

In der Provinz Western Cape forcierte eine Krise der Stromversorgung eine Grundsatzdebatte über die Energiezukunft des Landes. Die gesamte Wirtschaftsregion ist einseitig abhängig von dem Atomkraftwerk Koeberg. Dessen Leistung fiel - durch einen drama-

tischen Wartungsfehler und die zeitgleich anstehenden Wechsel der Brennstäbe - über Monate zur Hauptverbrauchszeit im Winter aus. Das marode Überland-Leitungsnetz verkraftete die hohe Durchleitung von Kohlestrom aus dem Norden Landes nicht mehr. Der Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft, entstanden Millionenschäden durch die lang anhaltenden Stromausfälle. Dennoch gehen die Pläne zur Errichtung des Kugelhaufenreaktor (Pebble Bed Modular Reactor, PBMR) unvermindert weiter. Die von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Organisation Earthlife Africa hat sehr erfolgreich die Planungsgenehmigungen angefochten und weitere Gerichtsurteile errungen, die die Transparenz dieser riesigen öffentlichen Ausgaben sicherstellen sollen.

6. Demokratie im öffentlichen Raum

Insbesondere in Namibia und Simbabwe förderte die Stiftung die bedrohte Meinungsfreiheit durch Medienprojekte. Hierzu zählen die Radioprojekte Voice of the People (VOP) in Simbabwe und Katutura Community Radio (KCR) in Namibia, der Internet-Nachrichtendienst ZIMONLINE, sowie die Debattenkultur durch Konferenzen (Preparing ourselves for the Future des Forum For The Future (FFF) und die Diskussionsradio-Programme der National Society for Human Rights (NSHR)

Zum World Summit on Information Society (WSIS) in Tunesien (2005) hatte die Stiftung TeilnehmerInnen aus den Ländern Südafrika, Lesotho, Namibia und Simbabwe in einem längeren Prozess nationaler Konsultation und durch die Teilnahme an den PrepCom-Vorbereitungskonferenzen eingestimmt. Der Gipfel selbst verlief vor allem für die afrikanischen Staaten enttäuschend, da keine Elemente einer neuen Weltordnung im Informationssektor deutlich werden. Die afrikanischen Verhandlungsziele wurden nicht erreicht: internationale Verwaltung des Internets, und mehr Mittel zur Überwindung der „digital divide“, die insbesondere Afrika von den Wachstumsregionen der Welt trennt. Die Entscheidung der Stiftung, sich mit dieser zentralen Zukunftsfrage, die für Afrika einen deutlichen Entwicklungsbezug hat, nicht weiter zu beschäftigen, wurde in der Region mit Enttäuschung aufgenommen.

Ausblick

Die Region Südliches Afrika kann angesichts der Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffpreisen und der Konkurrenz des chinesischen Verarbeitenden Gewerbes nicht genug von der gegenwärtig stabilen Weltwirtschaft profitieren. Interne Widersprü-

che und Konfliktlagen, die ungelöste Krise um Simbabwe sowie die geringe Breite von Investitionstätigkeiten lassen keine rasche Umkehr erkennen. Die sich dramatisch zuspitzende Erkrankung ganzer Generationen an der Volksseuche HIV/AIDS machen optimistische Wachstumspläne zunichte. Bei hoher Arbeitslosigkeit geraten die Gesellschaften an den Rand des inneren Zusammenbruchs, verdeutlicht durch Abwanderung und Kriminalität. Grundlegende politische Ansätze zur Umkehr sind in keinem der drei Länder zu erkennen. Die jeweils herrschenden Regierungsparteien verfügen über derart übermächtige Mehrheiten in Parlament und (zumindest was ANC und SWAPO angeht) auch in der Bevölkerung, dass eine politische Trendwende kaum in Aussicht steht. So werden sich die gefährlichen Spaltungstendenzen in jeweils zwei Ökonomien und zwei Gesellschaften ungehindert weiter fortsetzen. Aber erst wenn sich der gegenwärtige Rohstoff-basierte Wirtschaftsboom abschwächt und aufgrund niedrigerer Wachstumsraten, Inflation oder größerer staatlicher Defizite zu härteren Verteilungskämpfen führt, sind echte politische Krisen zu erwarten.

Auf dem G-8-Gipfel in St. Petersburg vom 15. bis 17. Juli wird Afrika vermutlich kein Hauptthema sein. Es ist nicht zu erwarten, dass die russische G-8-Präsidentschaft 2006-07 sich intensiv mit dem afrikanischen Kontinent beschäftigen wird. Erst ab dem G-8-Gipfel 2007 unter deutschem Vorsitz und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft könnte neue Bewegung in die internationale Afrika-politische Debatte kommen. Das "Africa Progress Panel" unter Vorsitz von UN-Generalsekretär Kofi Annan wird dazu jährlich einen Bericht erstellen, der den G 8 und den Vereinten Nationen vorgelegt werden soll. Die Monitoring-Gruppe Data hat im vorgelegten "Data Report 2006"^{xiii} Deutschland dringend zu größeren Anstrengungen aufgefordert.

Publikationen

Publikationen des Regionalbüros

“A Patented World – Privatisation of Life and Knowledge”. – Fenele - Jacana Publishers / Heinrich-Böll-Stiftung, Johannesburg 2006 (239 p.)

Charlene Smith “on the sidelines clapping – Gender in Southern Africa” Heinrich-Böll-Stiftung Southern Africa, 2006 (118 p.)

“Nuclear Power: Myth and Reality – The Risks and Prospects of Nuclear Power” Heinrich-Böll-Stiftung Southern Africa, 200 (353 p.)

Publikationen mit Unterstützung des Regionalbüros

“Parliamentary Directory 2004-2009” – the contact trust – taking people to parliament and parliament to the people. Cape Town 2005 (346 p.)

“Sustainable Energy - Towards a Civil Society Review of the South African Energy Policy Implementation” - David Hallows, for Sustainable Energy and Climate Change Project, Johannesburg, 2006,

“Preparing Ourselves for the Future” – Conferences & Public Lectures, compiled by Joseph Diescho, Forum for the Future, Windhoek, Namibia, 2005

Rudrum S., Vetten L.: “Getting by in Gauteng – Resources for Women” – Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2005 (66 p.)

“A Decade of Women’s Rights – Where to now? : Agenda Issue 64/2005. Agenda Feminist Media Company, Durban

Sister Namibia Magazine, Windhoek: , Vol 17#1,2,3,4, 2005
Proceedings of the Gender and Social Security Seminar 2005 - Gender Research Programme, Centre for Applied Legal Studies, University of the Witwatersrand:

National Gender Opinion Survey, 2005 - Commission on Gender Equality, Johannesburg, 2006

Quellen

ⁱ Discussion Document on ‘Macro-social Trends’: *A Nation in the Making*. – Südafrikanisches Präsidialamt, Juni 2006

ⁱⁱ OECD “African Economic Outlook 2005/2006” forecasts that the South African economy is likely to expand by 4.8% in 2006, compared with the 4.9% growth recorded in 2005.

ⁱⁱⁱ Mail & Guardian, 10 August 2005, Zitat auf einer Erziehungswissenschaftlichen Konferenz in Pretoria

^{iv} Institute of Security Studies (ISS): *Attacks on Farms and Small Holdings: An Evaluation of the Rural Protection Plan*, 2005

^v <http://www.globalinsight.co.za/>

^{vi} http://www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=554

^{vii} State of the Media Report 2005. – Media Institute of Southern Africa (MISA), Windhoek, Namibia, März 2006

^{viii} Country Self-Assessment Report South Africa, APRM Secretariat, June 2006, reported in Mail & Guardian, May 5-11, 2006 p. 6

^{ix} Zimbabwe’s Continuing Self-Destruction – International Crisis Group (ICG), Juni 2006

^x ZIMONLINE at www.zimonline.co.za

^{xi} Namibian Economic Policy research Unit (NEPRU)

^{xii} UN FRAMEWORK CONVENTION ON CLIMATE CHANGE – Secretariat PRESS RELEASE:

Emission reductions from Kyoto Protocol’s Clean Development Mechanism pass the one billion tonnes mark, June 6, 2006

^{xiii} THE DATA REPORT 2006 at

<http://www.thedatareport.org/pdf/DATAreport.pdf>